

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

16.09.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Lubmin: Rostlöcher in Fässern mit Atommüll entdeckt</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 15.09.2022</i> .....	3
2   <b>Zwischenlager in Lubmin meldet löchrige Atommüll-Fässer</b> <i>nordkurier.de, 15.09.2022</i> .....	4
3   <b>Ministerium: EWN muss rostende Atomabfallfässer prüfen</b> <i>nordkurier.de, 15.09.2022</i> .....	5
4   <b>Das sagt EWN zur Korrosion an Atombehältern</b> <i>nordkurier.de, 15.09.2022</i> .....	7
5   <b>Lubmin: Behälter mit Nuklearabfällen von Korrosion betroffen</b> <i>ndr.de, 15.09.2022</i> .....	9
6   <b>“Irgendwo muss der Atommüll hin” – Warum der Protest in der Schweiz ausbleibt</b> <i>WELTplus, 15.09.2022</i> .....	10
7   <b>Manuela Schwesig: “Das geht jetzt nicht noch mehrere Wochen gut”</b> <i>Spiegel.de, 16.09.2022</i> .....	12

## Lubmin: Rostlöcher in Fässern mit Atommüll entdeckt

**Wie sicher sind die Nuklearabfälle im Zwischenlager von Lubmin bei Greifswald? Bei einer Überprüfung wurden jetzt Schäden an Behältern gefunden.**

*Startseite Mecklenburg-Vorpommern Lubmin: Rostlöcher in Fässern mit Atommüll entdeckt Bildunterschrift anzeigen*

**Lubmin.** Das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** in Lubmin bei Greifswald hat bei einer Inspektion Korrosionsschäden an eingelagerten Fässern mit radioaktiven Abfällen entdeckt. An den zwei Behältern, in denen sich feste und trockene Verdampferkonzentrate befinden, die im Jahr 1999 verarbeitet wurden, seien bereits am vergangenen Mittwoch Rostlöcher mit einer Größe von zwei Millimetern entdeckt worden, teilte das Umweltministerium am Donnerstag

in Schwerin mit.

Es seien jedoch keine Schadstoffe ausgetreten.

Wie es vom Ministerium weiter hieß, sei der Vorfall in der niedrigsten Kategorie angesiedelt, eine Freisetzung radioaktiver Stoffe sei zu jeder Zeit ausgeschlossen gewesen. „Mensch und Umwelt waren zu keiner Zeit in Gefahr.“ Das Umweltministerium beteilige sich demnach an der Auswertung der Funde.



*Fässer und Behälter mit radioaktivem Abfall in Lubmin. An einigen wurden Rostschäden entdeckt.*

## Zwischenlager in Lubmin meldet löchrige Atommüll-Fässer

*Zwei Fässer im Zwischenlager in Lubmin sollen Löcher aufweisen. Sie lagern radioaktive Abfälle. Der Fund ist bereits vor mehr als einer Woche gemacht worden.*

**Lubmin.** Beim **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** in Lubmin bei Greifswald sind an zwei Fässern etwa zwei Millimeter große Löcher festgestellt worden. Wie das Umweltministerium in Schwerin mitteilte, habe Rost zu den Löchern geführt. Radioaktive Stoffe seien laut Ministerium zu keiner Zeit ausgetreten, wie Ministeriumssprecher Claus Tantzen mitteilen ließ. Der Vorfall ereignete sich vor mehr als einer Woche, am 7. September.

### In den Fässern lagern radioaktive Abfälle

Laut Mitteilung befinden sich „konditionierte Verdampferkonzentrate in fester und trockener Form“ in

den Fässern. „Eine Freisetzung radioaktiver Stoffe war zu jeder Zeit ausgeschlossen. Mensch und Umwelt waren zu keiner Zeit in Gefahr“, hieß es.

Allerdings habe das **EWN** diesen Befund als meldepflichtig eingestuft. Laut der entsprechenden Meldeverordnung sei es ein meldepflichtiges Ereignis der geringsten Kategorie. In der entsprechenden Anlage 6 der Atomrechtlichen Sicherheitsbeauftragten- und Meldeverordnung (AtSMV) wird das entsprechende Kriterium aufgelistet. Es handelt sich demnach um „sonstige sicherheitstechnisch bedeutsame Ereignisse im Zusammenhang mit Konditionierung, Handhabung, Transport und Lagerung radioaktiver Abfälle“.



*Im Zwischenlager in Lubmin sind bei zwei Fässern Löcher entdeckt worden. Sie lagern radioaktiven Abfall.*

## Ministerium: EWN muss rostende Atomabfallfässer prüfen

*Wenn Fässer mit radioaktiven Abfällen in die Jahre kommen, droht Rost. Was bedeutet es, wenn nun wie letzte Woche geschehen, kleine Löcher in solchen Fässern entdeckt werden?*

**Neubrandenburg.** Bei der Inspektion von Fässern bei **EWN (Entsorgungswerk für Nuklearanlagen)** in Lubmin wurden am Mittwoch vergangener Woche bei zwei Fässern etwa zwei Millimeter große Löcher festgestellt, wie das Umweltministerium in Schwerin am Donnerstagmorgen mitteilte. Gefahr für Mensch und Umwelt hätte zu keiner Zeit bestanden. Laut Ministerium handelt es sich um ein „meldepflichtiges Ereignis der geringsten Kategorie“. Der Nordkurier hat im Umweltministerium nachgefragt, was das bedeutet und was **EWN** jetzt tun muss.

### Wie häufig kommen solche meldepflichtigen Ereignisse vor?

Am Standort in Lubmin kam es laut Umweltministerium in den vergangenen zwölf Jahren zu insgesamt elf meldepflichtigen Ereignissen – das aktuelle mit eingerechnet. Laut Umweltministerium wurden für Lubmin Fässer mit Korrosion jetzt zum ersten Mal gemeldet.

### Was bedeutet meldepflichtiges Ereignis der geringsten Kategorie?

Das aktuelle Ereignis als „N 2.2.3 (Abfallfässer mit Korrosion)“ bezeichnet. Laut Ministerium sind für die Einstufung in die Kategorien zwei Punkte maßgeblich: die „Dringlichkeit der Information der Aufsichtsbehörde und die sicherheitstechnische Bedeutung der Ereignisse“. Es gibt drei Kategorien.

**Kategorie S:** müssen der Aufsichtsbehörde unverzüglich gemeldet werden, darunter fallen auch die Vorkommnisse, die akute sicherheitstechnische Mängel aufzeigen.

**Kategorie E:** müssen der Aufsichtsbehörde innerhalb 24 Stunden gemeldet werden.

**Kategorie N:** Ereignisse von geringer sicherheitstechnischer Bedeutung, müssen innerhalb von fünf Werktagen gemeldet werden. Unter diese Kategorie fallen auch die zwei gemeldeten Fässer,

### Was muss **EWN** jetzt tun, wie kontrolliert das Ministerium das?

Die **EWN** muss laut Ministerium „die Ursachen für diese Korrosionserscheinungen untersuchen und daraus Maßnahmen zur Abstellung der Ursachen abzuleiten“. Die Ergebnisse prüft das Ministerium dann mithilfe von Sachverständigen und kann dann gegebenenfalls „weitere Untersuchungen und Maßnahmen fordern“.

Die Lagerung von radioaktiven Abfällen und Stoffen, die beim Betrieb und Rückbau von Atomanlagen anfallen, ist aufwendig und muss überwacht werden. Die **EWN** sind unter anderem für die Kernkraftwerke Greifswald und Rheinsberg in Brandenburg verantwortlich. Beide sind seit der Wende 1990 stillgelegt und werden seit 1995 zurückgebaut.



*Die Bauruine des Block 8 (I) auf dem ehemaligen Betriebsgelände der „VEB Kernkraftwerke Bruno Leuschner“ in Lubmin, 2015*

## Das sagt EWN zur Korrosion an Atombehältern

Bei **EWN** in Greifswald lagern zehntausende Behälter mit Abfällen aus der Atomwirtschaft. Bei zwei von ihnen wurden kleine Löcher entdeckt – das Unternehmen äußert sich.

**Neubrandenburg.** Löcher durch Rost an Atomabfallfässern? Die Nachricht zu Korrosion an zwei Fässern mit bei **EWN** in Greifswald am Donnerstagmorgen ließ aufhorchen. Das Umweltministerium hatte am Morgen eine Mitteilung darüber herausgegeben und später auf Nordkurier-Nachfrage mitgeteilt, wie häufig es zu solchen Meldungen kommt und was **EWN** zu tun hat. Auch **EWN** hat auf die Anfrage des Nordkuriers geantwortet.

### EWN betont fristgerechte Meldung

Laut **EWN** ist sowohl die Meldung an die zuständige Behörde fristgerecht ergangen als auch die Information an die Presse. „Der zuständige Leiter hat am 8. September im Rahmen seiner Frühbesprechung detaillierte Kenntnis von der Auffälligkeit erhalten und umgehend die zuständige Behörde und die Geschäftsführung telefonisch informiert. Hier wollte die Behörde noch nicht über eine Meldepflicht entscheiden.“ Diese Entscheidung sei dann am 13. September nach der Besichtigung der Fässer gefallen. „Somit ist am 13. fristwahrend der Formularsatz zur Meldung übergeben worden.“ Es handelte sich, wie berichtet, um ein „meldepflichtiges Ereignis der geringsten Kategorie“.

Die Fässer würden in einem routinemäßigen Inspektionsprogramm alle fünf Jahre kontrolliert, dabei werde der Bestand erfasst und „eine äußere Sichtprüfung“ vorgenommen.

### Seit 2013 werden Edelstahlfässer verwendet

In den betreffenden Fässern wurden sogenannte Verdampferkonzentrate eingelagert, das trockene Rückstände aus dem Betrieb der Wasseraufbereitungsanlagen. Diese Fässer waren für das Endlager Morsleben bestimmt, das noch zu DDR-Zeiten als Endlagerstätte in Betrieb gegangen war und um das nach der Wende jahrzehntelang erbittert gestritten wurde.

Heute werden nach **EWN**-Angaben Edelstahlfässer für die Einlagerung genutzt, wo keine Korrosionen und Blühungen mehr möglich sind. Die Umstellung auf diese Art der Fässer erfolgte 2013, in den fraglichen zwei Fässern lagern laut Ministerium „1999 konditionierte Verdampferkonzentrate“.

Insgesamt liegt eine Menge Abfall bei **EWN**. Das Unternehmen spricht von insgesamt 25.000 C-Stahl Fässern am Standort. Davon seien circa 2.700 mit Konzentraten gefüllt, rund 200 mit Konzentraten und Schlämmen „mit komplexen chemischen Zusammensetzungen“ und die übrigen rund 22.000 mit laut **EWN** unproblematischen Abfällen wie Erde, Metalle, Sande und ähnliches.

Auch wenn eine laut Ministerium zu jeder Zeit „Freisetzung radioaktiver Stoffe zu jeder Zeit ausgeschlossen“ war, müssen die betreffenden Fässer nun untersucht werden und die Funde zusammen mit dem Unternehmen ausgewertet werden – auch weil die nun aufgetretenen Probleme möglicherweise auch weitere Fässer betreffen könnten.



*Blick auf das Zwischenlager Nord bei Lubmin.*

*Foto: Stefan Sauer*

## Lubmin: Behälter mit Nuklearabfällen von Korrosion betroffen

*Das Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) in Lubmin hat bereits am vergangenen Mittwoch bei einer Inspektion Korrosionsschäden an eingelagerten Fässern mit radioaktiven Abfällen entdeckt.*

Zwei der betreffenden Stahlfässer haben zwei stecknadelkopfgroße Löcher. In diesen Abfallbehältern befinden sich seit 1999 Verdampferkonzentrate. Das sind trockene Rückstände aus dem Betrieb der Wasseraufbereitungsanlagen. Nach Angaben des **EWN** und auch des Umweltministeriums sind keine radioaktiven Stoffe ausgetreten. Menschen und Umwelt seien zu keiner Zeit in Gefahr gewesen. Experten untersuchen alle Stahlbehälter

Diese Fässer wurden zusammen mit weiteren in einem Container mit dicker Wandung aus Stahl und Beton gelagert. Alle fünf Jahre werden sie routinemäßig untersucht, dabei ist bereits in der vergangenen Woche die Korrosion aufgefallen. Insgesamt gibt es im Zwischenlager knapp 170 solcher Fässer, die nun alle gründlich untersucht werden. Laut einer **EWN**-Sprecherin liegen die Ergebnisse noch nicht vor.



WELTplus | 15.09.2022 | S. 14:17:48

Virginia Kirst

WEBLINK

## ENDLAGER

# “Irgendwo muss der Atommüll hin” – Warum der Protest in der Schweiz ausbleibt

*Die Schweiz hat den besten Standort für ein Atommüll-Endlager identifiziert - und in der Bevölkerung regt sich, anders als in Deutschland, kaum mehr Protest. Wie die Deutschen erlebten auch die Schweizer ihren Gorleben-Moment.*

Wer in Deutschland an Atommüll-Endlager denkt, denkt an Protest. An Menschenketten, die Straßen blockieren, an Bauern, die Demonstrationen mit Traktoren und Mistgabeln bewaffnet begleiten. Erwartungsgemäß groß war auch der Aufschrei, als die Schweiz am vergangenen Wochenende verkündete, den geeigneten Ort für ihr Atommüll-Endlager gefunden zu haben - in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze.

Die Gründe für diese Entscheidung erklärte Matthias Braun, Chef der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra), am Montag in Bern. Die Schweizer Region Nördlich Lägern unweit der deutschen Gemeinde Hohentengen sei aus rein geologischen Gründen die sicherste Wahl, weil das dortige Gestein den radioaktiven Abfall am besten einschließe: "Es ist ein eindeutiger Entscheid. Die Geologie hat gesprochen", sagte Braun.

Zwar ist es noch ein weiter Weg bis zum fertigen Endlager: Die Schweizer Regierung muss dem Nagra-Vorschlag zustimmen, und ein Volksentscheid könnte dazwischenkommen. Der Baubeginn ist frühestens für 2031 geplant, die Einlagerung nicht vor 2050.

Der Protest aus Deutschland ließ jedoch nicht lange auf sich warten: Die Bürgermeister am Hochrhein nannten die Standortempfehlung der Nagra "nur schwer nachvollziehbar", sorgten sich vor Störfallsszenarien und "immensen Schäden für den Tourismus".

### Die Schweiz hat die Debatte versachlicht

Überraschend leise fiel hingegen die Reaktion der betroffenen Schweizer aus. Die "Neue Züricher Zeitung" betitelte einen Bericht von vor Ort mit: "Irgendeiner

muss es fressen': Weshalb sich im Zürcher Unterland fast niemand gegen das Atomendlager wehrt". Und die "Aargauer Zeitung" schrieb, Begeisterung klinge zwar anders, Widerstand aber auch. Sie zitierte Martin Neucom, Mitglied der Regierung des Kantons Zürich, zu der Nördlich Lägern zum Teil gehört, mit den Worten: "Natürlich ist es nicht so, dass ich mich wahnsinnig freue. Aber irgendwo muss der Atommüll hin."

Diese besonnenen Aussagen bei einem emotional üblicherweise aufgeladenen Thema überraschen: Wie hat die Schweiz es geschafft, die Debatte über das Atommüll-Endlager auf die Sachebene zu bringen?

Nagra-Sprecher Philipp Senn erklärt, dass die Endlagersuche auch in der Schweiz jahrzehntelang von Bürgerprotesten begleitet wurde: "In den 1980er- und 1990er-Jahren sind Sondierungsbohrungen von der Bevölkerung auch mal mit Hacke und Gabel verhindert worden." Seinen Höhepunkt erreichte der Widerstand, als ein geplantes Endlager in Wellenberg in zwei Volksentscheiden auf Kantonalebene abgelehnt wurde.

Diese Ablehnung war der Gorleben-Moment der Schweiz. Das Verfahren zur Endlagersuche wurde genau wie in Deutschland neu aufgesetzt: Fortan sollte die Nagra sich nicht nur um die wissenschaftlichen Aspekte der Suche kümmern, sondern auch die Bürger mitnehmen.

Dafür werden Regionalkonferenzen eingerichtet, in denen interessierte Bürger in den infrage kommenden Regionen über die Endlagersuche informiert werden. "Natürlich haben die Leute Fragen", sagt Senn. "Diesen haben wir uns gestellt und versucht, das Expertenkau-

derwelsch bestmöglich allgemein verständlich zu machen.“

Offenbar mit Erfolg, wie Dieter Schaltegger bestätigt. Schaltegger ist Mitglied der rechten SVP und seit acht Jahren Bürgermeister in Stadel bei Neuglatt, wo die Oberflächenanlage, also der Eingang zum Atommüll-Tiefenlager gebaut werden soll. Er sagt: „Nach den Probebohrungen haben wir erkannt, dass die Gefahr groß ist, dass unsere Region als Standort ausserkoren werden würde. Seitdem wurde die Bevölkerung über die Thematik informiert, und es wurde darüber diskutiert.“ Daher sei man von der Empfehlung nicht überrascht worden.

### **Das Fazit der Bürger fällt positiv aus**

Auch die Bevölkerungsstruktur sei relevant: „In dieser Region ist die Bevölkerung sachlich unterwegs und hat Vertrauen in die Behörden. Daher verfangen Argumente gegen das Endlager weniger“, sagt Schaltegger. Bei einer Informationsveranstaltung am Dienstag habe es daher keine Proteste gegeben, sondern nur kritische Fragen: Dazu etwa, ob sich der Wert von Wohneigentum verringern oder es Probleme für Biobauern geben werde.

Insgesamt sei das Fazit der Bürger positiv ausgefallen: „Wir haben riesigen Respekt vor dieser Aufgabe und ihrer nationalen Relevanz. Aber wir wollen das Projekt lieber kritisch begleiten, als es aus Ideologie zu verzögern und damit an künftige Generationen weiterzureichen.“ Klar sei aber auch, dass der Bau des Lagers keinen Einfluss auf die Attraktivität und Lebensqualität haben dürfe - das gelte für die gesamte Region, also auch für die deutschen Nachbarn.

Neben der Transparenzstrategie dürfte auch die Aussicht auf Abgeltungsleistungen zur Akzeptanz beigetragen haben: Wird das Endlager wirklich gebaut, werden die Kernkraftwerksbetreiber mit der Bevölkerung über einen finanziellen Ausgleich verhandeln.

Derzeit geistert dafür der Betrag von 800 Millionen Schweizer Franken durch die Medien, der einst in einer Planrechnung dafür angesetzt worden war. Er weckt auch in Deutschland bereits Begehrlichkeiten. Doch wie viel Geld wirklich investiert werden wird, steht noch nicht fest. In einem ersten Schritt sollen nun am Donnerstag in einer Informationsveranstaltung die Sorgen der deutschen Bevölkerung besprochen werden.

# DER SPIEGEL

📄 Spiegel.de | 16.09.2022 | S. 01:18 Uhr

👤 Johanne Korge

🔗 WEBLINK

## SCHWESIG FORDERT ENERGIEPREISDECKEL

### Manuela Schwesig: “Das geht jetzt nicht noch mehrere Wochen gut”

*Ein bis zwei Jahre solle der Energiepreis für den Grundbedarf gedeckelt werden – so schlägt es Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig vor. Sie drängt die Bundesregierung zur Eile.*

Die Kosten für Energie schießen in die Höhe, viele Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland blicken mit einem unguuten Gefühl auf die nahenden kalten Jahreszeiten. Gleiches gilt natürlich auch für viele Unternehmen. Die Frage ist, wie die Auswirkungen abgefedert werden können. Ein Energiepreisdeckel ist eine Möglichkeit – und ein solcher muss nach Ansicht von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) schnell kommen.

»Ich finde, man kann viele Modelle diskutieren, aber ich glaube, dass das jetzt nicht noch mehrere Wochen gut geht«, sagte Schwesig am Donnerstagabend in der ZDF-Talksendung «Maybrit Illner». Den Unternehmen und Bürgern stehe das »Wasser bis zum Hals«. Mit Blick auf die Abschlagsrechnungen sagte sie: »So ein Bäckermeister und Bürger fragt sich, wie soll ich das hinkriegen?«

Schwesig warb erneut für ihren Vorschlag, für ein bis zwei Jahre den Energiepreis für den Grundbedarf zu deckeln. Es sei wichtig, dass der Staat das jetzt begleite, »sonst verlieren wir die Unterstützung, und das wollen wir nicht«.

Anfang September hatte die Bundesregierung ein neues Entlastungspaket angekündigt – Schwerpunkt: Energie. Genau genommen handelt es sich vor allem um den Strom- und nicht den Gasmarkt. Dort soll eine Strompreisbremse eingezogen werden. Künftig sollen die deutschen Stromkunden, was gleichbedeutend ist mit allen Bürgern, einen Basisverbrauch zugesprochen bekommen, der »zu einem vergünstigten

Preis gutgeschrieben« werden soll, heißt es in einem Ergebnispapier der Ampelkoalition.

Durch die teilweise Abschöpfung von Übergewinnen (»Zufallsgewinnen« heißt es im Papier) bei Stromanbietern sollen Verbraucher entlastet werden. Hier soll zunächst eine europäische Lösung gefunden werden. Generell sind noch zahlreiche Details ungeklärt.

#### Fragen zu Nord Stream 2

Schwesig wurde in der Talkshow auch auf ihre lange währende Unterstützung für die letztlich wegen des russischen Überfalls auf die Ukraine nicht in Betrieb gegangene Erdgaspipeline Nord Stream 2 angesprochen. Die Ministerpräsidentin sagte, mit dem Wissen von heute würde sie diese Haltung nicht mehr einnehmen. Die in der Kritik stehende Klimastiftung sei Anfang 2021 gegründet worden, um die Sanktionsdrohungen des damaligen US-Präsidenten Donald Trump gegen den rechtsstaatlich genehmigten Bau der Leitung zu umgehen.

Unterstützung erhielt Schwesig von der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi. Diese sagte, es gehe nicht allein um die Verantwortung Mecklenburg-Vorpommerns. Es sei die Entscheidung der Bundesrepublik gewesen, dass Deutschland aus Atomkraft und Kohle aussteigt und Gas als Brücke ins Zeitalter erneuerbarer Energien definiert. »Jetzt so zu tun, als ob da einseitig aus Eigeninteressen heraus irgendeine einseitige Entscheidung gefallen ist, das ist wirklich nicht korrekt.«